Lisa Martin

Bericht aus der gemeinsamen Sitzung der Arbeitsgruppen »Engagement junger Menschen« und »Freiwilligendienste«

Schwerpunkt: Engagement unter Druck – Junge Perspektiven auf Engagement und aktuelle Dienstdebatten

Die gemeinsame Sitzung der BBE-AGs »Engagement junger Menschen« und »Freiwilligendienste« am 14. September 2026 widmete sich den aktuellen Debatten um Wehrdienst, verpflichtende Gesellschaftsdienste und die Zukunft der Freiwilligendienste. Im Mittelpunkt stand dabei bewusst weniger die Bewertung einzelner Modelle als vielmehr die Perspektive junger Engagierter. Denn während junge Menschen häufig Adressat*innen dieser Debatten sind, werden ihre eigenen Sichtweisen bislang vergleichsweise wenig einbezogen. Gleichzeitig bleibt ihr vielfältiges Engagement häufig unterbelichtet.

In einem einleitenden Impuls zeichneten Shari Kohlmeyer, DBJR, und Malte Hilker, FÖF, zunächst die unterschiedlichen Stränge der aktuellen Debatten nach. Diese reichen von Sicherheits- und Verteidigungspolitik über gesellschaftlichen Zusammenhalt und Fachkräftebedarfe bis hin zur Frage der Generationengerechtigkeit. Entsprechend unterschiedlich seien auch die Leitideen, die Wehrdienst, allgemeiner Dienstpflicht, Gesellschaftsjahr oder Freiwilligendiensten zugrunde liegen. Freiwilligendienste basierten demgegenüber auf dem Prinzip von Freiwilligkeit und seien mit Bildungs-, Orientierungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen verbunden. Als Alternative zu diskutierten Pflichtdienstkonzepten stellen die Zentralstellen der Freiwilligendienste mit ihrer »Vision 2030« die Stärkung freiwilliger Angebote in den Vordergrund. Zu den zentralen Forderungen gehören ein Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst, ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld auf BAföG-Niveau sowie die Einladung und Beratung für alle jungen Menschen.

Die politische Debatte habe sich in den vergangenen Jahren zunehmend in Richtung Sicherheits- und Wehrdienstfragen verschoben. Im Dezember 2025 verabschiedete der Bundestag das Wehrdienst-Modernisierungsgesetz, das die Rahmenbedingungen für freiwillig Wehrdienstleistende verbessert und gleichzeitig alle Männer ab dem Geburtsjahrgang 2008 zur Erfassung per Online-Fragebogen und einer eventuellen Musterung verpflichtet. In einem Entschließungsantrag der Regierungsfraktionen CDU/CSU und SPD forderte der Deutsche Bundestag gleichzeitig die Stärkung der Freiwilligendienste.

Felix Englert, Bundesjugendsprecher der Deutschen Jugendfeuerwehr, betonte, dass freiwilliges Engagement nicht erzwungen, sondern ermöglicht werden müsse. Freiwilligkeit sei eine wichtige Grundlage für Motivation, Qualität und langfristige Bindung. Zugleich verwies er auf praktische Grenzen neuer Dienstmodelle: Eine größere Zahl von Dienstleistenden müsse qualifiziert angeleitet und ausgebildet werden. Gerade in ehrenamtlich getragenen Strukturen wie der Freiwilligen Feuerwehr dürften bestehende Engagierte dadurch nicht zusätzlich überlastet werden. Neue Modelle müssten deshalb gemeinsam mit jungen Menschen entwickelt und bestehende Strukturen entsprechend ausgestattet werden.

Junia Ernsting, Bundessprecherin des Freiwilligen Ökologischen Jahres, berichtete von den Diskussionen innerhalb der Freiwilligendienste. Unter jungen Freiwilligen sei Freiwilligkeit ein zentraler Bezugspunkt. Ein Pflichtdienst könne aus ihrer Sicht nicht nur die Qualität der Dienste beeinträchtigen, sondern auch Ungleichheiten zwischen unterschiedlichen Dienstarten verstärken. Entscheidend sei daher, Freiwilligendienste finanziell so auszustatten, dass sie unabhängig von der sozialen Herkunft zugänglich seien. Zugleich hob Ernsting die Bedeutung von Selbstvertretungsstrukturen hervor: Junge Menschen müssten in politischen Fachgesprächen selbst vertreten sein und nicht allein durch Organisationen, die mit ihnen arbeiten.

Moritz Knoll brachte Erfahrungen aus einem Internationalen Jugendfreiwilligendienst im Illinois Holocaust Museum ein. Internationale Freiwilligendienste seien sowohl für die persönliche Entwicklung als auch für gesellschaftliche und europäische Perspektiven wertvoll, fänden in der aktuellen Debatte jedoch vergleichsweise wenig Beachtung. Zugleich bestünden gerade hier erhebliche finanzielle Zugangshürden. Knoll plädierte daher für eine bessere Förderung der Freiwilligen und Träger sowie dafür, Auslandsdienste bei gesetzlichen Veränderungen mitzudenken.

In der anschließenden Diskussion rückten insbesondere Information, Beteiligung und soziale Zugänglichkeit in den Mittelpunkt. Junge Menschen seien sich der Wehrdienst- und Pflichtdienstdebatten vielfach bewusst, erhielten aber häufig nur schwer verständliche Informationen über politische Prozesse und deren konkrete Auswirkungen. Schulen, soziale Medien und Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurden als wichtige Informationswege genannt. Gleichzeitig wurde betont, dass Information nicht mit Beteiligung gleichgesetzt werden dürfe: Junge Menschen sollten über Jugendverbände und eigene Selbstvertretungsstrukturen frühzeitig in politische Prozesse einbezogen werden.

Auch die Frage, welche jungen Menschen Freiwilligendienste überhaupt erreichen, spielte eine wichtige Rolle. Diskutiert wurden insbesondere akademisch geprägte Zugänge und die Notwendigkeit, stärker Berufsschulen, nicht-gymnasiale Schulformen und junge Menschen in Ausbildung anzusprechen. Finanzielle Hürden, fehlende Informationen und unterschiedliche Bewerbungsverfahren können eine breitere Teilhabe erschweren.

Als übergreifendes Thema zog sich die Frage der Generationengerechtigkeit durch die Diskussion. Mehrere junge Teilnehmende wandten sich dagegen, gesellschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderungen vorrangig einer jungen Generation zuzuschreiben. Stattdessen müsse Engagement gesamtgesellschaftlich ermöglicht und gestärkt werden. Dazu gehörten eine verlässliche Finanzierung, bessere

zeitliche und finanzielle Rahmenbedingungen sowie eine stärkere Anerkennung der in Freiwilligendiensten und im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen.

Zusammenfassend wurde deutlich, dass die aktuelle Dienstdebatte aus Sicht der jungen Engagierten stärker die Bedingungen für freiwilliges Engagement berücksichtigen sollte. Im Zentrum stehen dabei der Abbau finanzieller und sozialer Hürden, verlässliche Strukturen und eine frühzeitige Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungen, die sie unmittelbar betreffen.

Autorin:
Lisa Martin ist Referentin Netzwerkbetreuung im BBE.

Redaktion
BBE-Newsletter
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Michaelkirchstr. 17/18
10179 Berlin
Tel.: +49 30 1663-535-00
newsletter@b-b-e.de
www.b-b-e.de